

Regierung lässt arme Rentner abblitzen

Keine Änderungen bei der Grundsicherung

Von Heike Jahberg

Berlin - Die Bundesregierung will trotz heftiger Proteste an der Anrechnung der Riester-Rente auf die Grundsicherung nichts ändern. „Die Grundsicherung ist das unterste Netz“, sagte Franz-Josef Lersch-Mense, Staatssekretär im Bundesarbeitsministerium, am Donnerstag auf einem Kongress der Deutschen Rentenversicherung in Berlin. „Ein Anspruch besteht nur, wenn alle anderen Möglichkeiten ausgeschöpft sind“, betonte er. Die Grundsicherung erhalten Rentner, die von ihrer Rente nicht leben können. (...)

Einnahmen aus einer Riester-Rente führen nach derzeitigem Recht zu einer Kürzung bei der Grundsicherung. Das halten Sozialverbände für falsch. Auch Rentenexperte Bert Rürup forderte am Donnerstag in Berlin eine „durchgängige Lösung“. Man könne nicht die Riester-Rente in der Ansparphase fördern und die Riester-Sparer dann bei der Auszahlung bestrafen. Andere Experten sehen das anders. Axel Börsch-Supan, Leiter des Mannheimer Forschungsinstituts Ökonomie und Demographischer Wandel warnte vor einer Privilegierung der Riester-Rente bei der Grundsicherung und kritisierte die aktuelle Diskussion als „Desaster“. Gerade bei Geringverdienern sei „psychologisch viel verspielt worden“.

Anders als Rürup sieht Börsch-Supan auch bei den Minirenten von langjährig Versicherten keinen Handlungsbedarf. Rürup schlägt vor, dass die Renten von Menschen, die mindestens 35 Jahre lang versichert waren, auf Grundsicherungsniveau angehoben werden. Der Rentenexperte befürchtet, dass sich Geringverdiener sonst auf die Grundsicherung und damit auf die Sozialhilfe verlassen und keinen Anreiz haben, sich eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung zu suchen. Börsch-Supan sieht das anders: „Die Sockelrente wäre kein Anreiz für Bofrost-Fahrer, in die gesetzliche Rentenversicherung einzuzahlen“, sagte er. (...)

Der vollständige Artikel erschien im Tagesspiegel am 25. Januar 2008.